

**Reform der Altersversorgung für Zeitschriftenredakteure zum 1. April 2013**

Der VDZ, ver.di und der DJV einigten sich per 1. April 2013 auf eine Modernisierung und Umgestaltung der tariflichen Altersversorgung für Redakteure an Zeitschriftenverlagen.

Für Redakteure, die nach dem Stichtag am 1. April 2013 erstmals beim Presseversorgungswerk versichert werden, werden insgesamt acht Prozent des Monatsgehaltes beim Presseversorgungswerk eingezahlt, wobei Verlag und Redakteur jeweils die Hälfte des Betrages übernehmen. Durch Nutzung der gesetzlichen Möglichkeiten wird dieser Betrag – anders als nach den bisherigen Regeln – weitgehend ohne Lohnsteuer und Sozialabgaben abgeführt. Die Besteuerung erfolgt erst bei der Rentenauszahlung. Die neuen tariflichen Regelungen führen zu einem positiven Gesamteffekt, obwohl die Beiträge seitens der Versicherten nominell leicht steigen. Die steuerlichen und sozialversicherungsrechtlichen Vorteile bewirken eine Nettoerhöhung der Gehälter der Redakteure. Die Verlage sparen zusätzlich zu den verringerten Sozialversicherungsabgaben gegenüber dem früheren Beitragssystem einen Prozentpunkt ein.

Für die rund 6.000 Zeitschriftenredakteure, die schon heute beim Presseversorgungswerk versichert sind, wurden keine Änderungen vereinbart. Allerdings haben Redakteure, die nach dem 1. Januar 2005 erstmals versichert wurden, die Möglichkeit, bis Ende des Jahres in den neuen Tarif zu wechseln. Der „alte Vertrag“ verzinst sich dann beitragsfrei.

Der VZVNRW hat erneut die Zusatzvereinbarung durchsetzen können, dass Verlage, die die Ausnahmeklausel des § 18 der Satzung des VZVNRW in Anspruch nehmen sowie Mitglieder, die eine fördernde Mitgliedschaft im VZVNRW erworben haben, von dem Tarifvertrag ausgenommen sind.

Beide Altersversorgungssysteme wurden in einem Tarifvertrag vereint, der frühestens zum 31. März 2017 kündbar ist.

Nach Abschluss der Verhandlungen erklärten die Verhandlungsführer übereinstimmend, dass DJV, ver.di und VDZ als Sozialpartner mit diesen Neuregelungen einen wichtigen Beitrag zu einem zukunftsfähigen Tarifwerk geleistet hätten.